

Die 'Arbeiter' erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags am ...

Die abgedruckten Konzeptsätze oder deren Raum kostet 2.- M. einschließlich ...

Arbeiter

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Internationaler Kampf gegen die Reaktion

Die Weltlage und die internationale Gewerkschaftsbewegung

Auf dem internationalen Gewerkschaftskongress in London wurde mit übergroßer Mehrheit folgende, vom Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes eingebrachte Resolu- tion angenommen:

Der vom 22. bis 27. November 1920 in London tagende Inter- nationale Gewerkschaftskongress protestiert mit aller Energie gegen den in der ganzen Welt zu Tage tretenden offenen oder verkleideten Versuch der herrschenden Klasse und ihrer Regierungen, die Freiheit und Aktion der Arbeiterorganisa- tionen zu unterdrücken.

Er gibt seiner Sympathie Ausdruck für alle jene, die in den verschiedenen Ländern unter der Reaktion gelitten haben und noch leiden, spricht allen Arbeitern, die in dem Kampfe gegen den weißen Schrecken in Ungarn und bei der Aktion zur Behinderung des Transportes von Kriegs- material für die konterrevolutionären Armeen ihrer internationalen Pflicht erfüllt haben, seinen Dank aus, und erhebt Einspruch gegen den wirtschaftlichen und militärischen Krieg, der noch immer gegen Rußland geführt wird.

Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt es als eine der wichtigsten Pflichten aller dem Internationalen Gewerkschafts- bund angeschlossenen Gewerkschaftszentralen und lehrer inter- nationalen Berufssekretariate, sowie aller diesen Organisationen angehörenden Arbeiter, mit aller Kraft und allen verfügbaren Mitteln gegen die den Aufstieg, das Leben und die Existenz selbst der Gewerkschaftsbewegung bedrohende Weltreaktion zu kämpfen.

Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt, daß die Ge- werkschaften neben ihrer gewöhnlichen Aktion für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, national und international den Kampf führen gegen Kapitalismus und Imperialismus. Der Kongress erklärt, daß dieser Kampf sich vor allem zu richten hat gegen den Militarismus in allen seinen Formen.

Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt, daß die Waffe des Massenstreiks und des internationalen Boykotts von den Ge- werkschaften als wirksames und zweckentsprechendes Mittel in ihrem Kampfe gegen die Reaktion und für den Fortschritt anzu- wenden ist.

Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt, daß zu die- sem Zwecke die größtmögliche Einheit und das Zusam- menwirken der Arbeiter aller Länder und Berufs unerlässlich ist. Er richtet den dringenden Appell an alle angeschlossenen Gewer- kchaftszentralen und an die internationalen Berufssekretariate, um in einer ununterbrochenen Zusammenarbeit mit dem Internatio- nalen Gewerkschaftsbund eine Macht zu formen, mit ihm gemein- sam von diesen Waffen Gebrauch zu machen und die Arbeiter aller Länder durch eine rastlose, tatkräftige Propaganda von der Not- wendigkeit zu überzeugen, einen internationalen Kampf zu führen gegen die Weltreaktion, dem Krieg den Krieg zu erklären und für die Verwirklichung einer auf neuen Grundlagen zu errichtenden internationalen Ordnung zu kämpfen.

(Auszugsweise Bericht auf der dritten Seite)

Die Front der Reaktion Malcolm, Escherich und Kahr

München, 29. November.

In München ist der Chef der britischen Militärmission, General Malcolm, eingetroffen und hatte im englischen Konsulat in Begleitung des englischen Konsuls eine Aussprache mit Escherich über die Einwohnerwehren und die Orgesch. Am heutigen Tage wird General Malcolm mit dem bayerischen Ministerpräsidenten eine Unterredung haben, der Escherich eben- falls beiwohnen wird. Auch zu einer am Mittwoch stattfindenden interaktionellen Sitzung des Landtages wird Dr. Escherich zu- gezogen werden, in der Ministerpräsident v. Kahr über seine Berliner Reise Bericht erstatten wird.

Gegenüber der in verschiedenen Blättern aufgetauchten Nach- richt, General Koller habe nach Entgegennahme des Portrags Herrn v. Kahr zugesagt, im Sinne Kahr's nach Paris zu berich- ten, erzählt die 'Dona' von bestunterrichteter Seite, daß General Koller überhaupt keine Zusagen gemacht hat.

Der Escherich, mit dem die Orgesch- und Stinnes-Presse, ein- schließlich der Finnesherren Nachrichtenbüros, die Ver- handlungen zwischen General Malcolm und den Hauptern der bayerischen Gegenrevolution verfolgt und jeden Schritt des englischen Generals ganz im Stille der früheren Hof- berichte eifrigst registriert, beweist, welche Bedeutung die reaktionären Kreise den Verhandlungen mit den En- tenté-Generälen beimist.

Ebenso wie der Oberst Bauer schon Monate vor dem Kapp-Putsch die Zustimmung der Entente für eine reaktio- näre Umwälzung zu erlangen suchte, so werden jetzt Escherich und Kahr, hinter deren Rücken sich Lubendoff verbirgt,

um die Günst Englands und Frankreichs, um gestützt auf die moralische Unterstützung der 'Erbfeinde', die Gegenrevolu- tion zum Siege zu führen.

Dieselben Kreise, die sich gewöhnlich als Erbpächter nation- aler Gesinnung und nationaler Würde aufspielen, liegen jetzt vor den Entente-Generälen auf dem Bauche. Denn es gilt jetzt, mit Hilfe des Auslandes die Existenz der monarchistischen Weißen Garben zu wahren und die Front der Reaktion gegen das Proletariat aufzurichten.

Das Treiben General Watters

Im Anschluß an eine offizielle Meldung des bairischen Staats- ministeriums über das Auftreten des Generalleutnant von Watter in Karlsruhe haben wir am 21. November Einzelheiten über dessen Pläne mitgeteilt. Dem 'Vorwärts' wird nunmehr aus Karlsruhe geschrieben, daß Watter zu seiner Verharmung am 18. November in Karlsruhe von Odenhausen in Begleitung des Generalmajors August von Tronstein und des Leutnants Walter von Unruh, die beide aus Berlin stammen, gekommen war. Von München war der Hauptmann und Einwohnerwehrlührer Frei- herr Dolar von Riedheim erschienen, in dessen Begleitung be- fanden sich der Bahndirektor Griebhammer und Ober-Regie- rungsrat Hans Burkhard aus Nürnberg. Der Generalleutnant von Watter unterhält nach den verschiedensten Hauptstädten der deutschen Völkchen Verbindungen und seine Verbindungsoffiziere befinden sich fortwährend auf Reisen. Hauptmann von Pfister ist der Hauptbeteiligte.

Der 'Vorwärts' wundert sich darüber, daß sich gegenüber sol- chen militärischen Konspirationen das Reichswehrministerium ebenso wie die Staatsanwaltschaften neutral verhalten. Uns wundert das gar nicht. Die Vertreter des kapitalistischen Staats- wesens haben nur geringes Interesse daran, die Gegenrevolu- tionäre in ihrem Treiben zu stören. Um so mehr hat die Arbeit- erklasse die Pflicht, in geschlossener Front den Kampf gegen die Reaktion zu führen!

Der Zwischenfall von Cuxhaven

Wegen des Zwischenfalles in Cuxhaven hatte der Reichswehr- minister dem Vorsitzenden der Internationalen Marine-Kontroll- Kommission schriftlich sein Bedauern ausgesprochen und Bestrafung der Schuldigen zugesagt. Die Kontrollkommission erklärt aber, daß sie sich damit nicht begnügen könne, und sie stellt folgende Forderungen: 1. Entschuldigung der deutschen Regierung, 2. so- fortige Entlassung und strenge Bestrafung des Festungskomman- danten. Diese Bestrafung soll dem Kommandanten in Gegenwart der vier beteiligten Ententeoffiziere verkündet werden; 3. ein- gehende Untersuchung des Zwischenfalles zwecks Verhaftung und Bestrafung der Hauptschuldigen; 4. Zahlung von 20.500 M. Er- satz für die beschädigten Uniformen.

Das Auswärtige Amt hat der Kontrollkommission mitgeteilt, daß die Untersuchung mit aller Beschleunigung geführt wird und daß eine weitere Mitteilung bis zu deren Abschluß vorbehalten bleiben müsse.

Die Konzessionsfrage in Sowjet- Rußland

Moskau, 29. November.

Die russische Sowjetregierung veröffentlicht 'Allgemeine juristische und wirtschaftliche Konzessionsbe- stimmungen', welche alle Mittelungen über Objekte von Konzessionen, welche an jede ausländische Industrie-Gesellschaft und Or- ganisation abgegeben werden können. Den Konzessionären sollen als Vergütung einige bestimmte Teile der Produktion Sowjetruß- lands mit Ausnahmestück überwiehen werden. Die Sowjetregierung garantiert dem Konzessionär, daß sein in dem Unternehmen ange- legtes Vermögen weder nationalisiert, noch konfiszieren oder requi- riert werden darf. Der Konzessionär erhält die Garantie, daß einseitige Änderungen der Bedingungen des Konzessionsvertrages durch irgendwelche Regierungsovertreter nicht erfolgen dürfen.

Die jugoslawischen Parlamentswahlen. Nach den bisherigen Meldungen war die Beteiligung bei den Parlamentswahlen keine besonders stark, sie betrug kaum 70 Prozent. Die Kom- munisten verfügten über 40 Sitze von 416. Von den sechs Mandaten in Belgrad haben je zwei die Demokraten, Radikalen und Kommunisten erhalten, von den fünf Mandaten in Agram zwei die Kommunisten und je eines die Demokraten, die Rechtspartei und Frontpartei. Von den vier Mandaten in Laibach haben je ein Mandat die Demokraten, die Klerikalen, die Kommunisten und die Nationalsozialisten erhalten. In den Städten von Kroatien haben sich die Demokraten so ziemlich behauptet. In Slowenien, wo die Klerikalen bei allen Wahlen bisher 95 bis 98 Prozent an sich vereinigten, sind sie diesmal weit unter 50 Prozent zurückgegangen. Der Wahltag ist ziemlich ruhig verlaufen.

Ein Ausnahmegesetz gegen ausländische Arbeiter

Von Alfred Berger

Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung hat einen Entwurf betreffend 'Verordnung über die Beschäfti- gung ausländischer Arbeiter' Ende Oktober fertiggestellt, der bisher in der Öffentlichkeit noch nicht bekanntgeworden ist. Insbesondere die Gewerkschaften sind bisher von diesem Entwurf nicht in Kenntnis gesetzt worden, obwohl es sich um Fragen handelt, die nicht nur den ausländischen Ar- beitern, sondern auch die Lebensinteressen der deutschen Arbeiterklasse auf das härteste berühren. Um so erstaunlicher ist es, daß das Reichsarbeitsministerium den Arbeitgeber- verbänden diesen Entwurf zur Stellungnahme bereits über- sandt hat. Der bekannte günstige Wind hat uns ein Kund- schreiben der Vereinigung der deutschen Arbeit- geberverbände auf den Tisch geweht, in dem diese Verordnung wiedergegeben ist. Beim Studium der Verordnung wird sofort klar, aus welchen Gründen das Reichsarbeitsministerium es nicht für notwendig empfunden hat, die Arbeiterorganisationen von dem Entwurf bisher in Kenntnis zu setzen. Ein Sturm der Entrüstung muß sich er- heben, wenn dieses reaktionäre Nachwerk in Arbeiterkreisen bekannt wird.

Zunächst interessiert, daß die Regelung der Arbeitsverhält- nisse der ausländischen Arbeiter in Zukunft auf dem be- rühmten Verwaltungswege erfolgen soll. Die vielgepriesene formale Demokratie ist offenbar noch nicht reaktionär genug. Man zieht lieber einen Erlass des längst eingegangenen Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung heran, um auf Grund dessen die außerordentlich wichtige Materie zu regeln, anstatt den allein zulässigen Weg der parlamentarischen Gesetzgebung zu wählen. In § 1 dieses amflosen Entwurfs wird die Rechtslosigkeit, die im gegnerischen Staat der Arbeiter russischer Staats- angehörigkeit und polnischer Nationalität genoh, prinzipiell auf sämtliche ausländische Arbeiter ausgedehnt. Dort wird bestimmt, daß jeder ausländische Arbeiter, der nach Deutsch- land reist, um zu arbeiten, die Einreisegenehmigung nur be- kommt, wenn der Vorsitzende des für den Arbeitsort zu- ständigen Landesamts für Arbeitsvermittlung (Landes- arbeitsamt) die Genehmigung erteilt.

Abgesehen von den sachlichen Bedenken gegen eine derartige Bürokratisierung fällt zunächst auf, daß ausgerechnet der Arbeiter von Deutschland ferngehalten werden soll. Der ausländische Schieber, der Bucherer und Ausbeuter hat nicht nötig, eine besondere Genehmigung einzuholen, wenn er seinen Wirkungskreis auf Deutschland erstrecken will und die fürstlichen Familien, die in Zukunft Kapital verschleppen wollen, brauchen keine Furcht zu haben, daß die Reichs- regierung ihren ausländischen Agenten irgendwelche Ein- reiseerschwierigkeiten machen wird. Die ausländischen Arbeiter- reise, die vielleicht Sozialisten sein könnten, werden gestiebt nach fünfzucker Manier, bevor sie zugelassen werden. Schon dieser § 1 beweist die vollkommene Unhaltbarkeit des Ent- wurfs. Er widerspricht übrigens dem Friedensvertrag. Es ist bezeichnend, daß man den Vertrag feierlich in den Punkten zu brechen wagt, in denen es sich gerade um den Schutz der ausländischen Arbeiter handelt. Man rechne wohl damit, daß die kapitalistischen Regierungen der Entente in diesen Fragen nachgiebig sein werden.

Zu klären ist noch, wer denn die Landesarbeitsämter sind, denen diese außerordentlichen Vollmachten übergeben werden sollen. Trotz aller schönen Versprechungen sind die Landes- arbeitsämter so stark reaktionäre Behörden geworden, wie sie werden müßten, nachdem in sie die alten Beamten der Pro- vinzialverwaltungen hineingepfercht worden sind. Die rheinisch-westfälischen Betriebsräte und Gewerkschaften wissen ein Lied zu singen von den rückschrittlichen Tendenzen der Landesarbeitsämter in Münster, Duisburg und Bochum, die heute schon gefügige Werkzeuge der großen Industrieherrn sind.

Die Leichtfertigkeit und die Gedankenlosigkeit, mit der diese Verordnung zusammengestellt worden ist, wird treffend bewiesen durch den § 2, nach dem die Beschäftigung fast aller ausländischen Arbeiter, auch die bereits ansässigen, der Ge- nehmigung des Landesarbeitsamtes unterliegt. Das Reichs- amt kennt offenbar nicht die Tatsache, daß in Deutschland zahlreiche Ausländer seit Jahren ansässig sind, deren Existenz durch einen Federstrich auf administrativem Wege in Frage gestellt wird. Das Reichsamt erinnert sich nicht mehr, auf welchem Wege während des Krieges die ausländischen Ar- beiter nach Deutschland gebracht wurden. Wir sind gerne bereit, ihm mit einigem Material zu dienen und den Be- richtigen über die zwangweise Abschiebung von Belgiern und Franzosen einmal die nicht minder schänden Taten der zwangswelken Abschiebung von Polen, Juden und Litauern aus dem Osten anzufügen. Diese Menschen, die damals in der grauenvollsten Weise von Haus und Hof losgerissen und zur Zwangsarbeit nach Deutschland geschleppt wurden, sollen jetzt rechtlos gemacht werden, nachdem ihnen dank der deut- schen Kriegsführung und ihrer sakramentischen Vernichtung der Industrie in den besetzten Gebieten die Weiterarbeit in ihrer offiziellen Heimat unmöglich gemacht worden ist.

Die russische Handelsagentur in Berlin unter Führung von Kopp hatte mit der von den deutschen Gewerkschaften gebildeten Deutscher Delegation Verhandlungen angeknüpft...

Ich werde ohne Hinzuziehung der Deutschen Delegation weder selbst, noch durch besondere Bevollmächtigte mit den Lokomotivfabrikanten...

Zwischen war als neuer Sowjetvertreter Professor Romanoff erschienen. Er wünschte die Generalvollmacht zu sehen...

Dieser Sachverhalt wird in einer vom A. D. G. B. herausgegebenen Broschüre 'Die Sowjetaktion gegen die Gewerkschaften' dargestellt.

Kradem die Russen so durch die Vermittlung der deutschen Gewerkschaften Verbindung mit der deutschen Industrie...

Die 'Rote Fahne' erhebt gegen Lenin den Vorwurf, er habe bei diesen Beziehungen 'Schmiergeld' erhoben...

Rach Wiederaufnahme der Sitzung wird der Haushalt der Bauverwaltung beraten. Der deutschsozialistische Redner wünscht eine bessere Berücksichtigung der technischen Beamten...

Preussische Landesversammlung

In der Sitzung am Montag wurde die zweite Beratung des Haushalts beim Haushalt der Güterverwaltung fortgesetzt.

Es folgt die Abstimmung über den Etat des Ministeriums für Volkswirtschaft. Der Etat wird angenommen...

Bei der Abstimmung über den Antrag Ludwig (U. S. rechts) über die Sozialisierung des Heilgewerbes...

Rach Wiederaufnahme der Sitzung wird der Haushalt der Bauverwaltung beraten. Der deutschsozialistische Redner wünscht eine bessere Berücksichtigung der technischen Beamten...

Aus der Partei

Genosse Schmalfeld 70 Jahre alt

Genosse Schmalfeld-Bremthaven, früherer Reichstagsabgeordneter und heute noch Mitglied der Bremer Bürgerkammer...

Aus der Internationale

Der italienische Parteitag

Die italienische sozialistische Partei beruht zum 22. Dezember ihren 17. Parteitag nach Florenz ein. Auf der Tagesordnung...

Deutschen Werke einschließlich des Generaldirektors Ihre Entlassung gefordert hätten. Dadurch mußte und sollte dieselbe auch der Eindruck entstehen...

Die Zustimmung der Direktion der Deutschen Werke beweist aber, daß das gerade Gegenteil der Fall ist. Sie behauptet, daß die Kündigung am 13. November...

Unter der Amtsführung dreier Reichsminister konnten sich die Deutschen Werke günstig entwickeln, da ein Vertrauensverhältnis zwischen Minister und Direktion bestand...

Auf der anderen Seite scheint es, daß der Vertrag, den die Direktion zur Bewertung der alten Maschinen abgeschlossen hat...

Die notleidenden Hohenzollern

Wie dem 'Berliner Tageblatt' mitgeteilt wird, ist der ehemalige Kaiser Wilhelm in Holland mit seinem Einverständnis mit einer Jahresrente von 1 1/2 Millionen holländischer Gulden zur Steuer herangezogen...

Durch diese steuerrechtlichen Feststellungen ist erwiesen, daß die von Graf Westarp im Reichstag aufgestellte Behauptung, die Revolution habe den Hohenzollern das Privatvermögen genommen...

Das bayerische Proletariat für die Amnestie

Als vor kurzem im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages der Antrag der U. S. P. auf Amnestie für die politischen Gefangenen behandelt wurde...

Der 'Populaire' zum Berliner Elektrizitätsstreik

Bei Besprechung des Berliner Elektrizitätsstreiks schreibt der 'Populaire', das Blatt des Genossen Longuet u. a.:

Das Proletariat ist ungeduldig geworden und neigt zum Anarchismus. Da man ihm immer die Ohren vollgeschrien hat von angeblichen Bestreben...

Die Fürsorge für Kriegsbeschädigte

Folgende Anfrage hat Genosse Sauerberg namens der Unabhängigen Fraktion im Reichstage gestellt:

Besonders bezeichnend ist auch § 3. Hier wird endlich die Stelle erwähnt, von der man annehmen kann, daß in ihr auch Arbeitnehmerinteressen vertreten werden...

Erwähnt werden soll nur noch der § 8. Hier wird ein neuer Typ des Arbeitgebers in Deutschland geschaffen. Der Arbeitgeber als Polizeiorgan...

Es ist klar, daß ein so ungeheurer Entwurf selbst auf dem Verordnungswege nicht gesetzliche Kraft erlangen kann. Nicht nur wegen der arbeitserfindlichen Tendenz...

Aber abgesehen davon hat der deutsche Arbeiter ein Interesse daran, daß ihm sein Fortkommen im Auslande gerade in diesem Augenblick nicht durch gesetzliche Maßnahmen...

Politik und Geschäft

van den Kerckhoff - von Kaumer

Der deutschnationale Abgeordnete van den Kerckhoff hat vor einigen Tagen großartig die Klügigkeit der Behauptung bestritten, daß er Direktor oder Angestellter der Firma W. u. E. sei...

Wichtiger aber als die Feststellung, ob Herr van den Kerckhoff ein sauberes oder ein nicht sauberes Abgeordnetes ist, erscheinen uns die Tatsachen, die aus einer Darstellung der...

# Die Wirtschaftslage vor dem Reichstag

## Die programmlose Rede

Schönende Lesere herrschte gestern bei der Wirtschaftsbörse im Reichstag. Auch als der Reichswirtschaftsminister Scholz das Wort ergriff, füllte sich der Sitzungssaal nicht, wie das sonst bei Ministerreden der Fall zu sein pflegt. Sehr verständlich! Monoton leierte Herr Scholz sein Sprüchlein her.

Herr Scholz ist Mitglied der Deutschen Volkspartei. Von ihr, der angeblichen Partei des Wiederaufbaus, ist er als Reichsminister in die Regierung entsandt worden. Er war ihr bestes Pferd im Stall. Aber gleichsam, als wollte er ausdrücklich bestätigen, daß seine Partei bisher nichts für den Wiederaufbau getan hat und auch für die Folge nichts zu tun weiß, verkündete er, daß er nicht die Absicht habe, ein Programm vorzulegen.

Mit einem freundlichen Lächeln auf den Lippen haspelte er sein Thema herunter. Seine Stimme ist so monoton, wie eine Rede inhaftlos. Es ist, als schliche er mit Klappentoffeln um alle Probleme herum. Von der Sozialisierung sprach er nicht. An der Erwerbslosigkeit hufte er vorbei. Die Wohnungsfrage kümmerte ihn nicht. Die meisten Probleme der Wirtschaft kennt und daß er die, die er kennt, nicht zu lösen weiß.

Es ist symbolisch, daß der einzige Ausweg, den er positiv zu weisen sucht, der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht ist. Für sie begeisterte er sich und merkte nicht, wie lächerlich sein Hinweis wirkt, daß in Bulgarien und Spanien dieser Gedanke bereits verwirklicht sei. Es wäre aber falsch, Scholz persönlich für diese Ideen und Tatenlosigkeit verantwortlich zu machen. In seiner Person verkörperte sich die vollkommenste Ratlosigkeit der bürgerlichen Parteien gegenüber den zahlreichen Problemen unserer Wirtschaft. Feinde der Sozialisierung, weisen sie dadurch den einzigen Weg vor sich, der zu einer Lösung überhaupt führen könnte.

Das wurde besonders deutlich bei der Rede des Reichsnationalen Reichardt, der die Unmöglichkeit des Sozialismus mit dem Hinweis zu belegen suchte, daß er noch nicht bestanden habe, und die Notwendigkeit des Privateigentums mit dem Eigentumsbegriff begründete, den bereits das Kind in der Wiege besitze.

Nur einmal kam ein lebhaftes Tempo durch den Rechtslogikern Hoch in die Debatte. Er verbreitete sich ausführlich über die Grundzüge unserer Handelspolitik, verurteilte die Unsinnigkeit der systemlosen Einfuhr, die durch den freien Handel verursacht sei und trat entschieden für die Sozialisierung des Kohlenbergbaus ein.

## Sitzungsbericht

### Reichswirtschaftsminister Scholz:

Es ist unmöglich ein Wirtschaftsprogramm vorzulegen, weil die Zeit noch nicht gekommen ist. Gegenwärtig liegen die Verpflichtungen Deutschlands aus dem Friedensverträge noch nicht fest. Es ist bedauerlich, daß in Spa nichts gefehdet ist, daß das Geni noch auf sich warten läßt. Das dauernde Sinken unserer Saluta verbindet die gesunde Kalkulation auf einen Wirtschaftskrisenplan. Das Kohlenabkommen von Spa hat der deutsche Kohlenbergbau bisher so lokal erfüllt, daß uns auch von außen die Anerkennung zugestanden werden mußte. Von dieser Stelle aus ist insbesondere den deutschen Bergarbeitern, die aus vaterländischen Interessen und Sozialistengefühl zur Volksgemeinschaft mehr Arbeit gefordert haben, der Dank der Reichsregierung ausgesprochen. (Bravo!) Die Kohlenförderung hat zugenommen.

### Wir gehen schwierigen Zeiten entgegen.

Schließlich wurde geleistet in der Schöpfung von Wohngelegenheiten. Es konnten 70 000 Steinkohlenarbeiter untergebracht werden, während der Bau von 4500 Wohnungen in Angriff genommen wurde. Nach dem Kohlenabkommen von Spa ist die Förderung von 269 000 auf 359 000 t pro Tag gestiegen. Die Wagenstellung blieb allerdings hinter dem Bedarf zurück. Vor allem ist es nicht möglich, die Gaswerke mit den nötigen Winterstoffen zu versehen, ebenso wenig wie die Eisenbahnen und die Schiffe. Am härtesten betroffen durch das Abkommen von Spa ist unsere heimische Industrie, die an Steinkohlenlieferung eine Einbuße von 10 Prozent erleidet, welche durch Beileists und Braunkohlen nur zum Teil ausgeglichen werden kann. Eine Aufrechterhaltung der Kohlenlieferung des Spanier Abkommens in dieser Höhe kann nach meiner Auffassung auf längere Dauer nicht halten und muß zu unhaltbaren Zuständen führen. Vor allem muß die deutsche Leistungsfähigkeit ganz entschieden ungenügend beeinflusst werden. Die Kohlenverträge in Frankreich zeigen immer mehr und mehr.

Ein weiteres Problem bedeutet für uns die Arbeitslosigkeit. Die Zahl der unterrichteten Arbeitslosen beträgt zur Zeit über 2 48 000, wozu noch 334 000 Angehörige hinzuzurechnen sind. Was die landwirtschaftliche Produktion betrifft, so ist sich die

Reichsregierung klar, daß die Ernährungspolitik in erster Reihe von der Förderung dieser Produktion abhängig ist. Es gilt, die notwendigen Düngemittel sicherzustellen, um uns vom Ausland möglichst unabhängig zu machen. Es müssen ausreichende Nahrungsmittelreserven geschaffen werden. Die Ausfuhrpolitik einschließlich der Devisenpolitik muß unbedingt einheitlich geleitet werden. Dazu ist im Schöße der Reichsregierung jetzt der Wirtschaftsrat gebildet worden unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers. Das wirtschaftliche Dienstjahr halte ich persönlich für den Ausbau Deutschlands für unbedingt notwendig aus wirtschaftlichen und ethischen Gründen. (Unruhe links. Beifall bei den Nationalen.)

Abg. Hoch (Soz.): Wir haben gedacht, daß die Rede des Ministers davon ausgehen würde, daß alle bisherigen Mittel zur Wiederherstellung der Wirtschaft vergriffen haben. Wir sind nicht aus der Not herausgekommen, sondern nur tiefer hinein. (Sehr richtig.) Wir vermischen insbesondere, das Eingehen auf die auch von bürgerlicher Seite gemachten Vorschläge zur Stabilisierung der Saluta, wie sie z. B. in der „Frankfurter Zeitung“ in der Anregung zur Schöpfung eines internationalen Konjunkturs oder jüngst in den Verhandlungen des Bankerlages zum Ausdruck kamen. (Sehr richtig.)

### Die Wirtschaftskrise ist ungeheuer ernst.

die Lebensmittelknappheit macht sich aller Orten bemerkbar und dabei stehen wir erst am Anfang des Erntejahres. Können Sie auch, Herr Minister, wohl Garantien geben, daß weisliche und wohlüberlegte Maßnahmen vorgenommen werden. Wenn unsere Saluta so weiter sinkt, dann wird es bald unmöglich sein, auf dem Wege des Kredits Lebensmittel einzuführen. Es muß vor allem dafür gesorgt werden, daß das deutsche Volk mehr schaffen und mehr Reichtümer erzeugen kann. Die Teuerung hat die Leistungsfähigkeit unseres Volkes lähmender. Müßte die Saluta, steigt die Teuerung, steigt die Teuerung, fällt die Saluta. Die Preispolitik muß eine andere Richtung bekommen. Während auf der einen Seite die trasselle Not ist, steigen auf der anderen Seite die Gewinne ins Unermessliche. Immer neue Unternehmen, neue Konzerne, werden gegründet, der Ring des Kapitals schließt sich immer fester. Das Bestreben geht dahin, das gesamte Wirtschaftsgeschehen in der Hand einer kleinen Gruppe von Großkapitalisten zusammenzufassen. Das ist für unsere Verhältnisse, für unsere Zeit unmöglich. Unser deutsches Proletariat, das schon vor dem Kriege gegen die wirtschaftliche Vergeismäßigung protestiert hat, steht jetzt nach der Revolution umhelfend auf dem Standpunkte, daß es sich wirtschaftlich nicht inselnen lassen darf. Eine Arbeiterkraft in solchen Verhältnissen würde uns aus dem wirtschaftlichen Elend nicht zu befreien. In der Sozialisationskommission ist die Frage aufgeworfen worden, ob die hervorragenden Leiter in der Kohlenwirtschaft bei der Sozialisierung übernommen werden können. Dr. Rathenau hat darauf Antwort gegeben: „Ich kenne die Herren Sinnes und Willens, die Herren denken gar nicht daran, im Falle der Sozialisierung auf ihrem Posten zu bleiben, denn in dem Augenblick, wo die Kohlenbetriebe in die Verwaltung der Allgemeinheit übergehen werden, da lassen die Herren alles im Stich und gehen davon“. Das ist Vaterlandsliebe! (Sehr richtig.) Der bedeutendste Schritt zur Bedienung dadurch auch die anderen Industrien gefördert werden. Die Bergarbeiter haben sich trotz aller Schwierigkeiten für das Wohl der Gesamtheit hergegeben, sie sagen auch heute noch: Wir wollen unsere Pflicht tun für die Allgemeinheit, aber nicht ausgebeutet werden! Die Kapitalisten dagegen sagen: Wenn wir nicht ausbeuten können, dann spielen wir darauf. (So ist es.) Zu einer wirklichen Produktionspolitik werden wir erst dann kommen, wenn die Arbeiter vom Joch der Ausbeutung befreit sind. (Sehr richtig.) Die Kohlengruben müssen in die Gemeinshaft der Allgemeinheit überführt werden. (Auf einen Zwischenruf der Rechten.) Mit Schlichtungsausschüssen werden Sie, meine Herren, nichts erreichen. Machen Sie die Arbeiter zu freien Männern! (Sehr richtig.)

Abg. Kähler (Zent.): Die wichtigste Arbeit, die dem Reichswirtschaftsministerium zukommt, ist eine schnelle Erhöhung der Kohlenförderung. Die Folgen des Kohlenabkommens von Spa für unser Wirtschaftsleben sind katastrophal.

Abg. Reichart (D. N.): Die wichtigste Frage des Wiederaufbaus ist die Entpolsterung unserer Wirtschaft. (Sehr richtig.) Dazu ist es notwendig, daß der Einfluß des Reichswirtschaftsrates gesetzlich festgelegt wird und daß die breiten Massen sich von der Unhaltbarkeit der sozialistischen Ideologie überzeugen. (Widerspruch links.) Wo der Sozialismus bisher in irgendeiner Form aufzutreten ist, hat er Schiffsbruch erlitten, denn der Eigentumsbegriff liegt im menschlichen Charakter begründet (Sehr richtig, Widerspruch links). Der Aufwand von 700 000 Mark für die Sozialisationskommission kann erspart werden, denn die ganze Arbeit der Sozialisationskommission kann durch den Reichswirtschaftsrat erledigt werden.

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz weist verschiedene vorgebrachte Beschwerden als nicht in sein Ressort gehörig zurück. Gegenüber den Ausführungen des Abg. Hoch wolle ich darauf hin, daß ich ausdrücklich von der Notwendigkeit der Einheitsfront der Ein- und Ausfuhr gesprochen habe, besonders auch von dem Verbot der Luxuseinfuhr, dagegen allerdings betont habe, daß ein festes und durchgreifendes Programm heute nicht vorgelegt werden kann. (Sehr richtig.) Die Regierung muß für eine ruhige wirtschaftliche Entwicklung Sorge tragen.

Die Debatte wird abgebrochen. Dienstag 1 Uhr: Antragsabstimmung über die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten, Fortsetzung der abgebrochenen Beratung.

## Internationaler Gewerkschaftskongress

### Gewerkschaftsbewegung und Klassenkampf

(Eigener Bericht der „Freiheit“.)

London, 23. November 1920.

Heute wurde in die eigentliche Tagesordnung durch das Referat des Genossen Pimmen über die „Weltlage und die internationale Gewerkschaftsbewegung“ eingetreten. Deutlich zeigte sich hierbei, wie der Krieg mit seinen Folgewirkungen ein großer Lehrmeister der internationalen Arbeiterbewegung geworden. Ein neuer Geist beginnt allenthalben, wenn auch mit verschiedenem Tempo, einzuziehen, aber die Fragen des gewerkschaftlichen Alltagskampfes erleben sich mit immer größerer Eindringlichkeit die Probleme der großen entscheidenden Schlachten. Man beginnt einzusehen, daß, wie notwendig auch unter der kapitalistischen Produktionsweise der Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sein mag, dennoch die Kräfte nicht vollkommen zersplittert und verbrannt werden dürfen, nur um eine kleine Lohnerhöhung zu erreichen, um dann im entscheidenden Augenblick abgemäht zu sein. Gerade im Interesse des Ringens um das höhere Ziel gelte es, den Einfluß der Macht der Schaffenden zu konzentrieren und nicht in Einzelaktionen zu verzerren.

Auf der anderen Seite aber zeigte auch die nach dem Referat einsetzende Diskussion, daß die Verschiedenheit des Entwicklungslages in den einzelnen Ländern sich auch in der Mentalität der Arbeiterklasse wieder spiegelt: Denn während auf der einen Seite A p p l e i o n sein Mandat als Vorzeichen niedersetzte, weil er nicht für den Sozialismus einzutreten

kann, während die Amerikaner aus ähnlichen Gründen dem Kongress überhaupt ferngeblieben waren und der kanadische Delegierte Bedenken hatte, der von Pimmen vorgelegte Resolution zustimmen, weil ihm diese, wie überhaupt der ganze Kongress in seiner Haltung viel zu revolutionär erschien, kamen auf der anderen Seite Vertreter von Italien und Norwegen, die ihrerseits verurteilten, der Tagung eine revolutionäre Note zu geben. Erfreulich war es immerhin, daß alle diese Auffassungen in der kameradschaftlichen Weise zum Ausdruck gebracht werden konnten und dabei das Bestreben aller zu Tage trat, über alle Hindernisse hinweg zu einer härteren Solidarität und Aktionsfähigkeit, zu einem klareren Ausdruck und Betonung einer wahrhaft internationalen Gesinnung und Betätigung zu gelangen. Will man dies Ziel erreichen, dann müssen in einer proletarischen Tagung vor allen Dingen in aller Offenheit auch die Meinungsverschiedenheiten ausgesprochen und alsdann ein gemeinsamer Weg gefunden werden, der diese Verschiedenheiten beachtet, und dabei doch zugleich die Bewegung in allen Ländern vorwärts zu treiben trachtet. Darin eben unterscheidet sich eine proletarische Tagung von einem Pfaffenkonventikel. Will man aus der Gewerkschaftsinternationalen eine alle proletarischen Kräfte umfassende internationale Organisation machen, dann kann es keine andere Methode geben.

Pimmen spricht über die Weltlage und die internationale Gewerkschaftsbewegung. Er weist darauf hin, wie zunächst nach Kriegsende die Bourgeoisie zu Konzessionen bereit zu sein schien, dann aber sehr bald der Umwälzung einsteckte und heute in fast allen Ländern die Reaktion wieder das Sagen erhebt. Ungarn ist nur ein Beispiel, und darum ist es auch die Amsterdamer Internationale voraussetzt, den Kampf gegen Horribum Ungarn zu eröffnen. Aber mit Billigung des Genossen wird in Ungarn weiter

versucht, die Arbeiterklasse niederzuhalten. Aber nicht nur in Ungarn, nicht nur in Finnland, sondern überall hat die Bourgeoisie blutige Rache genommen, dort wo das Proletariat, seine eigenen Kräfte über sich erhebend und in der richtigen Meinung, daß es möglich sei, von heute auf morgen die soziale Revolution zum Ziele zu führen, die Macht ergriffen hatte.

In ganz verzweifelter Lage aber befinden sich die Arbeiterorganisationen Spaniens, wo jede gewerkschaftliche Neugründung unmöglich gemacht, die Funktionäre in die Gefängnisse geworfen werden und der Terrorismus Regierungssystem ist.

Wenn auch in den westeuropäischen Ländern die Arbeiter noch mehr Rechte besitzen, so zeigte sich auch dort das Bestreben, durch die Gesetzgebung das ureigenste Recht der Arbeiterklasse, das Streikrecht zu rauben. Wenn auch der 8-Stundentag in Washington beschlossen und international durchgeführt werden sollte, so wird doch jetzt, nachdem der erste Schreck der Bourgeoisie längst überstanden ist, überall dieser Beschluß zu sabotieren versucht.

Wie steht die Arbeiterklasse zu dieser internationalen Reaktion? Schon im März 1919 vereinigte sich wieder in Amsterdam die Internationale der Transportarbeiter, Bergarbeiter, Metallarbeiter usw. und inzwischen ihrem Beispiel gefolgt und zeigten damit, daß wenigstens die Arbeiter nichts mehr vom Krieg wissen und keine Angst mehr kennen wollen, die sie trennt. In gleicher Weise wurde auch der Internationale Gewerkschaftsbund im August 1919 in Amsterdam wieder aufgerichtet. Sofort wurde protestiert gegen die Blockade Sowjet-Russlands und die Sozialisierung der Produktionsmittel verlangt. Während indessen von dem Kriege die Aufgabe der Gewerkschaften national wie international im wesentlichen auf sein gewerkschaftliche Ziele der Lohnbewegung, Arbeiterkassensicherung usw. beschränkt war, mußte jetzt die Gewerkschaftsbewegung auch auf internationalem Boden in erster Linie den Widerstand des internationalen Proletariats gegen die kapitalistische Ordnung als solche organisieren.

Die Gewerkschaftsbewegung müsse es als ihre erste Aufgabe betrachten, die Macht der Arbeiter im Kampf gegen die Reaktion für die neue Gesellschaftsordnung anzuwenden. Dabei müsse man sich darüber klar sein, daß die 2 1/2 Millionen in der Amsterdamer Internationale organisierter Arbeiter noch nicht alle von der Notwendigkeit dieses großen revolutionären Kampfes überzeugt seien, sie hierzu und auch zu voller Opferwilligkeit bereit zu machen, müsse die wichtigste Aufgabe sein.

In gleicher Weise sei es bedauerlich, daß die Arbeiter Amerikas wie Russlands, durch die Haltung ihrer Führer noch von ihren übrigen Klassenbrüdern ferngehalten seien. Sofort nach Gründung des Bundes habe man sofort und wiederholt versucht, mit den russischen Gewerkschaften Fühlung zu bekommen, telegraphisch und brieflich die Solidarität zum Ausdruck gebracht, ohne indessen bis heute auch nur einer einzigen Antwort gewürdigt worden zu sein. Nur aus ihren offiziellen Kundgebungen habe man alle die Beschimpfungen und den Widerstand entnommen, den sie über die neue Gewerkschaftsinternationale verbreiten, was jedoch diese „gelbe“ Internationale nicht gebindert habe, als einzige sich fähig zu erweisen. Sowjet-Russland wirft jene Hilfe zu bieten durch die Proklamierung des Boykotts des Transports und der Herstellung der Kriegsmaterialien für dessen Feinde.

Wenn auch die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse wahrgenommen werden müssen, so ist doch unabweisbar, nicht nur in Worten, sondern auch durch die Tat zum Ausdruck zu bringen, daß man begriffen habe, daß eine neue Periode eingestimmt habe.

Darum gelte es auch, daß die Internationale der Berufsorganisationen begreife, daß es gelte, die Kräfte der Arbeiterklasse nicht in nationalen Lohnkämpfen zersplittern zu lassen. Eine solche nationale Kräftezersplitterung bedeute ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, an den Interessen des internationalen Bestrebungskampfes.

In der darauf einsetzenden Diskussion erklärt Graham (Deutschland), daß er der Resolution vorbehaltlich einiger kleiner redaktioneller Änderungen zustimmen könne. Er schildert kurz die Lage der Arbeiterklasse in Deutschland und beweist durch die Haltung der Gewerkschaften während des Kapp-Zuges, daß auch die deutschen Gewerkschaften begriffen haben, welche neuen Aufgaben ihr die Stunde auferlegt. In gleicher Weise habe man die Initiative ergriffen, um praktische Solidarität Sowjet-Russland gegenüber zu üben. Man müsse sich indessen nicht nur gegen die Reaktion, sondern auch gegen Vassche von links wenden.

Hinsichtlich der Stellung zu Moskau gibt er bekannt, daß inzwischen das Statut der Moskauer Gewerkschaftsinternationale bekannt geworden sei und folgert, daß es notwendig sei, durch Klärung gegen diese Bestrebungen vorzugehen. Die deutsche Delegation schlägt vor, daß der Kongress sich die Erklärung zu eigen machen solle, daß das Bureau der Amsterdamer Internationale in Jurisdiktion der Moskauer Angriffe ausgesprochen habe.

Baselro-Spanien behauptet, wenig am Aufbau der Amsterdamer Internationale mitwirken zu können, weil die schwärzeste und rücksichtsloseste Reaktion sie daran hindere. Er entwirft ein Bild von dem unerhörten Willen der Regierungsorgane, die jede aufbauende Arbeit der Gewerkschaften gewaltam zu verhindern.

D'Aragnon (Italien) stellt mit Genugtuung fest, daß die Gewerkschaftsinternationale heute die Revolutionen vorbereite, den gewerkschaftlichen mit dem politischen Kampf zu verbinden. Doch ist ihm die Resolution nicht präzise genug, welcher Art diese Aktionen sein sollen. An dem Willen der Reaktion seien auch diejenigen Gewerkschaften mit Schuld, die die Interessen der internationalen Arbeiterbewegung durch Unterfütterung der Kriegspolitik preisgegeben haben.

Was die Haltung gegenüber den Kullonen anbeht, so haben sich hieron die Vertreter der Gewerkschaften selbst ein Teil Schuld auszusprechen durch ihre falsche Politik während des Krieges. Wenn man auch über Einseitigkeiten der russischen Revolution verschiedener Meinung sein kann, aber einig ist man darüber, daß dort ein gewaltiges historisches Ereignis sich abspielte, das die Sympathie und Solidarität der ganzen Arbeiterklasse verdient.

Nachdem der kanadische Vertreter noch seine Vorbehalte hinsichtlich seiner Haltung zu der vorgeschlagenen Resolution machte und zum Ausdruck brachte, daß ihm dieser Kongress eine zu revolutionäre Tendenz zeige, macht auch P o l a n - Schweden seine Vorbehalte zur vorgeschlagenen Resolution, da er und seine Freunde Gegner des Internationalen Arbeitsrates seien.

Pimmen geht in seinem Schlusswort auf die Einwände der Diskussionsredner noch kurz ein und bittet um möglichst einmütige Annahme der vorgeschlagenen Resolution.

In der darauffolgenden Abstimmung wird die von uns schon im voraus gegebene Resolution mit 21 000 000 gegen 2 710 000 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Italiener und Norweger.

## Zu den Landtagswahlen in Preußen

Am 20. Februar sollen die Wahlen zum preussischen Landtage stattfinden. Es dürfte bisher wohl als selbstverständlich angenommen werden, daß bei diesen Neuwahlen auch das neue Wahlgesetz zur Anwendung kommen würde. Dies ist aber noch durchaus nicht sicher. Im Gegenteil. Wenn es nach dem Willen der Mehrheit des Verfassungskonferenzen der Preußerversammlung geht, wird wieder nach der alten Wahlkreisinteilung gewählt. Der Entwurf eines neuen Wahlgesetzes steht neben der Wahlkreisinteilung Kreis- und Verbandswahlkreislage vor. Der Verfassungskonferenz will jedoch dem Willen der Landesversammlung nachgehen, bei der nächsten Wahl diese Neuerung noch nicht in Kraft zu setzen.



# Generalversammlung der Metallarbeiter

## Wichtige Entscheidungen

Sonntag fand im Mahalla-Theater die Fortsetzung der Generalversammlung vom 21. November des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Berlin, statt. Am 21. November hatte sich die Generalversammlung ausschließlich mit der Wahl des Bevollmächtigten Ziska beschäftigt und beschlossen, zur Neuwahl des Bevollmächtigten Urwahl vorzunehmen. In Fortsetzung der Tagesordnung sollte am letzten Sonntag die Neuwahl der turnusgemäß ausscheidenden Mitglieder der engeren Ortsverwaltung stattfinden. Dazu verlas der Bevollmächtigte Rusch eine lange Erklärung, die sich in ihrem Hauptteil scharf gegen die Mehrheit der Verwaltung ausspricht, im übrigen die prinzipielle Stellung der Minderheit zu den gegenwärtigen Fragen darlegt. Am Schluß der Erklärung heißt es, daß die Generalversammlung jetzt die Aufgabe habe, eine arbeitsfähige Ortsverwaltung zu schaffen. Wörtlich wird dann gesagt:

„Um dies zu ermöglichen, um der Mitgliedschaft Gelegenheit zu geben, die Richtlinien aufzustellen, die für die künftige Politik und Leitung der Organisation maßgebend sein sollen, legen wir unsere Mandate in die Hände der Mitglieder zurück und stellen uns zur Urwahl. Wir verpflichten uns, die Geschäfte der Ortsverwaltung zu führen bis zur erfolgten Neuwahl der Ortsverwaltung.“

Unterzeichnet ist die Erklärung von Rusch, Mahahn, Werle, Schumann und Krüger.

In einer längeren Begründung ging Rusch auf die Einzelheiten der Erklärung ein. Der gegenwärtige Zustand innerhalb der Verwaltung sei unhaltbar. Dies habe besonders der Streitfall in der vergangenen Woche gezeigt, der sich in der Verwaltung wegen eines Artikels, der im Mitteilungsblatt erscheinen sollte, ereignet hat. Zum Schluß stellte Rusch namens seiner Freunde mehrere Anträge zu der bevorstehenden Urwahl.

Der Bevollmächtigte Genosse Ziska widerlegte in längeren Ausführungen einige von Rusch aufgestellten Behauptungen und gibt dann im Namen der Mehrheit der Mitglieder der engeren Ortsverwaltung die Erklärung ab, daß sie ebenfalls bereit sind, sich zur Urwahl zu stellen. Von einer weiteren Debatte über diesen Punkt nahm die Generalversammlung Abstand. Zu den vorliegenden Anträgen soll nur ein Redner 10 Minuten für und einer 10 Minuten gegen sprechen.

Müller begründet zwei von ihm gestellte Anträge. Der eine Antrag spricht der Mehrheit der engeren Ortsverwaltung die Billigung aus, weil sie einen gegen die Mehrheit der Verwaltung gerichteten Artikel in der „Wochenbeilage“ nicht zugelassen hat. Dieser Antrag wurde mit 203 gegen 210 Stimmen angenommen. Der zweite von Müller gestellte Antrag verlangt von der Ortsverwaltung sowie von den Branchenvorständen vor der Urwahl Gruppen- und Branchenversammlungen einzuberufen, in denen beiden Richtungen Gelegenheit gegeben werden muß, ihre Auffassung den Mitgliedern vorzutragen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Rusch beantragte im Namen seiner Freunde, die Urwahl am Montag, den 20. Dezember, stattfinden zu lassen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, dagegen ein Antrag Ziska mit großer Mehrheit angenommen, der bestimmt, daß die Urwahlen zur engeren Verwaltung am 18., 19. und 20. Dezember abzuhalten sind. Da die Ortsverwaltung diese Wahlen nicht leiten kann, wurde dazu eine fünfstellrige Kommission bestimmt, in der beide Richtungen vertreten sind.

Rusch gab dann die Kandidatenliste seiner Richtung bekannt. Die Bevollmächtigten werden Rusch und Posselt, zum ersten Kassierer Ziese, zum zweiten Ehler, zu Beisitzern Mahahn, Schwarz und Dörtschack, zu Revisoren Werle, Krüger, Schumann, Frau und Zuraschel vorgeschlagen.

### Die Gegenliste der Richtung Ziska

Kassiert vor Ziska und Ulrich zu Bevollmächtigten, Schmidt und Lipitz zu Kassierern, Grail, Gutsche und Blumenthal, zu Beisitzern, Holz, Schneider, Tischmann, Gustav Müller und Köhler zu Revisoren zu wählen. Auf Vorschlag Ruschs wurde die Unterstufungsfrage auf 200 gestellt. Da beide Richtungen diese Unterstufungszahl erhielten, ist somit die Urwahl beschlossen.

Die Generalversammlung konnte nunmehr ihre Tagesordnung fortsetzen. Zu § 1 Abs. 10 des Ortsstatuts wurde ein Abänderungsantrag angenommen, der verlangt, daß der zu beschließende Delegierte für Generalversammlungen im Betrieb beschäftigt sein muß. Sodann stimmte die Generalversammlung dem mit den Metallindustriellen getroffenen Lohnabkommen zu.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Generalversammlung geschlossen.

Somit sind die Würfeln im Rollen. Wir zweifeln nicht, daß sich unsere im Metallarbeiterverband organisierten Genossen der Pflicht bewußt sind, die aus dieser Situation für sie erwächst. Wir richten dennoch an sie die Aufforderung, diese Pflicht im vollen Maße zu tun und ihre ganze Kraft schon jetzt aufzubieten, um der Liste Ziska zum Siege zu verhelfen. Wir erinnern

## Betriebsobleute, Betriebsräte, Vertrauensleute und Funktionäre

fämlicher Branchen des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes und des Deutschen Transportarbeiterverbandes

### „Die Notwendigkeit politischer und wirtschaftlicher Organisationen“

Ueber dieses Thema spricht der Abgeordnete Genosse Dr. Rud. Breilsheld in einer Funktionärerversammlung des

#### Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes,

welche am Dienstag, den 30. d. M., abends 7 Uhr, in der Schulaula Gartenstr. 23 (nahe Stettiner Bahnhof), und der Abgeordnete Genosse Kappel-Weipzig in einer Funktionärerversammlung des

#### Deutschen Transportarbeiterverbandes,

die am Mittwoch, den 1. Dezember, abends 7 Uhr, im Börsensaal der Musterstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, stattfindet.

Beide Versammlungen sind für die auf dem Boden der U. S. P. D. (Crispien-Edelbour) stehenden Funktionäre bestimmt und ist der Zutritt nur gegen Vorzeigung des Partei- und Gewerkschaftsbuches sowie des Funktionärsausweises gestattet.

#### Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Die Geschäftsleitung: J. A.: Friß Schneider.

an die in Hamburg gemachten Erfahrungen, die den Metallarbeitern bekannt sind und die bewiesen haben, wohin eine Gewerkschaft kommt, wenn ihre Leitung besetzt wird von jener Richtung, die ihre Hauptaufgabe als Gewerkschafter erblickt im Kampfe gegen die Gewerkschaften. Vor diesem Schicksal muß die Berliner Metallarbeiterbewegung bewahrt bleiben.

## Groß-Berlin

### Lied zur deutschen Laute

Einst trugen sie Scepter und Kronen,  
Jetzt verstreuen sie Millionen.  
Dibelium — Ichrumm — Ichrumm —  
Das Helden-Hohenzollerntum — Warum? — Darum!  
Ist der Arm auch kurz, doch die Finger sind lange,  
Den Gottesgnadentümlern ist vor der Zukunft nicht bange.  
Dibelium — Ichrumm — Ichrumm —  
Die Deutschnationalen nehmen's nicht trumm — Warum? — Darum!  
Singt den „Schiebermarz“ leiser,  
Nun gibt es einen Schieberkaiser.  
Dibelium — Ichrumm — Ichrumm —  
Es lebe das Kaiser-Schiebertum — Warum? — Darum!

## Hunger

Roman von Knut Hamsun.

Sie kam hastig auf mich zu und streckte mir die Hand hin. Boll Rührtrauen blickte ich sie an. Tat sie es denn auch mit leichtem Herzen? Oder tat Sie es nur, um mich los zu werden? Sie schlang den Arm um meinen Hals, in ihren Augen standen Tränen. Ich stand nur da und sah sie an. Sie bot mir ihren Mund; ich konnte ihr nicht glauben; sie brachte mir ganz bestimmt ein Opfer — es war nur ein Mittel, um zu Ende zu kommen.

Sie sagte etwas, das klang wie: „Ich habe Sie trotzdem lieb!“ Sehr leise und undeutlich sagte sie es, vielleicht hörte ich nicht richtig, möglich, daß sie nicht gerade diese Worte gesprochen hatte; aber sie warf sich heftig an meine Brust, umschlang für einen kurzen Augenblick meinen Hals mit beiden Armen, hob sich ein wenig auf die Fersen, um hinaufzublicken zu können, und blieb so vielleicht eine ganze Minute stehen.

Ich fürchtete, daß sie sich zwingen müsse, um diese Zärtlichkeit zu zeigen, und sagte nur: „Wie schön Sie jetzt sind!“  
„Mehr sagte ich nicht. Ich umschlang sie gewaltsam, trat zurück, stieß die Tür auf und ging rückwärts hinaus. Und sie blieb drinnen.“

### Vierter Abschnitt.

Der Winter war gekommen, ein rauher, feuchter Winter, beinahe ohne Schnee, eine neblige, finstere, ewigdauernde Nacht, ohne einen einzigen frischen Windstoß während der ganzen langen Woche. Auf den Straßen brannte das Gas beinahe den ganzen Tag, und trotzdem liefen die Leute im Nebel gegeneinander. Alle Laute, der Klang der Kirchenglocken, die Schellen der Droschkenpferde, Menschenstimmen, Fußschläge — alles klang so geborsten und klirrend in der dicken Luft, die sich zwischen alles legte und alles dämpfte. Woche auf Woche verging, und das Wetter war und blieb dasselbe.

Ich hielt mich immer noch unten in Vaterland auf. Dieses Sommer fester wurde ich an dieses Wirtshaus, dieses Logierhaus für Reisende gebunden, wo ich trotz meiner Verkommenheit Unterkunft gefunden hatte. Mein Geld war seit langer Zeit verbraucht, und ich blieb dennoch an diesem Ort, als ob ich ein Recht dazu hätte und dorthin gehörte. Die Wirtin hatte noch nichts gesagt, aber es qualte mich trotzdem, daß ich sie nicht bezahlen konnte. So vergingen drei Wochen.

## Tarifierhöhung bei der Hochbahn

Die jetzigen Fahrpreise auf der Hoch- und Untergrundbahn wurden im Mai d. J. eingeführt. Infolge der seitdem eingetretenen wesentlichen Steigerung der Löhne und der Material- und Kohlenpreise zeichnen diese Fahrpreise zur Dedung der Ausgaben nicht mehr aus. Die Hochbahngesellschaft hat daher bei den Aufsichtsbehörden folgende Tarifierhöhung beantragt: 3. Klasse: 1. Zone 70 Pf. (statt 60 Pf.), 2. Zone 85 Pf. (statt 75 Pf.); 2. Klasse: 85 Pf. (statt 70 Pf.), 1. R. (statt 90 Pf.). Auch auf ihrer anschließenden Straßenbahn von der Warschauer Brücke nach Pichlerberg ist eine entsprechende Erhöhung beabsichtigt.

Die Fahrpreiserhöhung soll im Laufe dieser Woche in Kraft treten.

## Der Vortrag für Stadtverordnete, Bezirksverordnete und Kommunale Kommissionen am Mittwoch fällt aus.

Präsidium. Nächste Sitzung Mittwoch, nachm. 5 1/2 Uhr, Breite Straße 8/D. Pünktliches Erscheinen erbeten.

Funktionärinnenkonferenz für Berlin-Brandenburg. Am Freitag, den 3. Dezember, abends 6 Uhr, findet in den Müller-Fällen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18, eine Zusammenkunft aller Vorsitzenden der Frauenarbeitskommissionen, Lebensbediensteterinnen und weiblichen Vorstandsmitglieder statt. Pünktliches Erscheinen ist notwendig.

#### Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Beamten-Beirat. Die Sitzung des Beamten-Beirats findet nicht im Parteibureau, sondern heute 5 1/2 Uhr im Reichstag, Zimmer 11, Obergeschloß, statt. Eingang Portal II.

4. Verwaltungsbezirk, Prenzlauer Tor. Mittwoch, abends 7 Uhr, im Bezirksamt, Geismannstraße 4, Hof part., Zimmer 3, Fraktionsführung.

Hallesches Tor, Verwaltungsbezirk 6. Mittwoch, 6 Uhr, wichtige Fraktionsführung bei Schweitardt, Alte Jakobstr. 24.

20. Verwaltungsbezirk, Reinickendorf. Donnerstag, den 2. Dezember, abends 6 1/2 Uhr, Fraktionsführung der Bezirks- und Stadtverordneten, im Wirtschaftsamt Reinickendorf, Plottenstraße. Alle Obmänner der kommunalen Kommissionen oder Vertreter aus den Ortsvereinen des 20. Verwaltungsbezirks sind hiermit eingeladen.

Im 18. Verwaltungsbezirk (Treptow, Ob-Schöneweide, Adlershof) fand am Freitag, den 26. November, im Saale des Treptower Rathauses die Einführung und Verpflanzung der Bezirksverordneten durch Bürgermeister Ritter statt. Als Alterspräsident fungierte A. Gerisch (S. P. D.).

Von den Demokraten wurde die Erklärung abgegeben, daß sie sich mit dem Vertreter der Zentrumspartei und dem Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung zu einer Fraktion der Mitte zusammengeschlossen haben, die nunmehr aus 4 Personen besteht, außerdem besteht noch eine Fraktion Bürgerblock, die 7 Mitglieder umfaßt, demgegenüber besteht die U. S. P. D. aus 13, Neukommunisten 2 und S. P. D. aus 10 Mitgliedern. In den Vorstand wurde einstimmig gewählt als 1. Vorsitzender Otto Schneider (U. S. P. D.), 2. Vorsitzender Wilhelm Lemm (S. P. D.), 1. Schriftführer Friß Dreibradt (Bürgerblock), 2. Schriftführer Friß Reumann (U. S. P. D.). Einstimmig wurde beschlossen, dem Magistrat vorzuschlagen, das Bezirksamt mit 9 Mitgliedern zu besetzen. Ein Antrag unserer Fraktion, daß alle 9 Mitglieder besetzt sein müssen, wurde von allen anderen Fraktionen, auch von der S. P. D., abgelehnt. Ein Gegenantrag auf 7 besetzte und 2 unbesetzte, wurde mit allen sozialistischen Stimmen angenommen, somit war der Antrag der Bürgerlichen auf 5 besetzte und 4 unbesetzte, erledigt. Ferner wurde eine paritätisch zusammengesetzte Kommission zur Vorbereitung der Bezirksamtswahlen eingeleitet, desgl. eine Kommission zur Ausarbeitung einer Geschäftsordnung. Ein Antrag sämtlicher Fraktionen, den Magistrat zu ersuchen, daß die von den Gemeinden eingeforderten Vorschläge zu genehmigen, wurde zugestimmt.

Unzulässige Reisebrotmarken. Wie bereits im Sommer d. J. angekündigt, verlieren die Reisebrotmarken alten Musters, d. h. die gelben Reisebrotmarken großen Formats, mit dem 31. Dezember 1920 ihre Gültigkeit. Vom 1. Januar 1921 ab sind demgemäß nur noch die neuen Marken (kleines Format) ausschließlich gültig. Ein Umtausch der Marken alten Musters in neue Marken erfolgt nicht. Anträge zwecks Umtauschs sind daher zwecklos.

Eisbahnen. Vom Jugendpflegeamt sind auf den Spielplätzen: 1. Bremer Straße, 2. An der einjamen Poppel (Schönhauser Allee), 3. Wiesenerstraße und 4. Am Urban Eisbahnen eingerichtet. Für die Benutzung der Eisbahnen 1—3 sind von Schulkindern 50 Pf., von besonders armen Kindern bis zum Eintritt der Dunkelheit

Schon vor mehreren Tagen hatte ich meine Schreiberei wieder aufgenommen, aber es gelang mir nicht mehr, irgend etwas zustande zu bringen, womit ich zufrieden gewesen wäre; ich hatte kein Glück mehr, wenn ich auch noch so fleißig war und es früh und spät versuchte; was ich auch begann, es nützte mir nichts, das Glück war fort, und ich bemühte mich stets vergebens.

In einem Zimmer der zweiten Etage, im besten Gastzimmer, sah ich und machte diese Versuche. Seit dem ersten Abend, wo ich Geld gehabt hatte und alles berichtigten konnte, war ich da oben ungestört gewesen.

Ich hegte auch während der ganzen Zeit die Hoffnung, daß ich endlich einen Artikel über dies oder jenes fertig bekommen würde, um das Zimmer und was ich sonst noch schuldig war, zu bezahlen; deshalb arbeitete ich so angestrengt. Besonders hatte ich etwas angefangen, wovon ich viel erwartete, eine Allegorie von einer Feuersbrunst in einer Buchhandlung, ein tief sinniger Gedanke, den ich mit meinem ganzen Fleiß ausarbeiten und dem „Kommandeur“ als Abzahlung bringen wollte. Der „Kommandeur“ sollte noch erfahren, daß er diesmal wirklich einem Talent geholfen hatte; ich zweifelte gar nicht, daß er es erfahren werde; es galt nur abzuwarten, bis der Geist über mich kam. Und weshalb sollte der Geist nicht über mich kommen? Weshalb sollte er nicht mit allergrößtem Über mich kommen? Mir fehlte nichts mehr; ich bekam jeden Tag ein wenig zu essen von meiner Wirtin, abends und morgens ein paar Butterbrote, und meine Nervosität war beinahe geschwunden. Ich brauchte keine Lappen mehr um meine Hände wenn ich schrieb, und konnte von meinen Fenstern im zweiten Stock auf die Gasse hinabsehen, ohne schwindlig zu werden. Es war in jeder Beziehung besser mit mir geworden, und ich wunderte mich geradezu, daß meine Allegorie nicht bereits fertig war. Ich begriff nicht, wie das zusammenhing.

Eines Tages sollte ich endlich einen Begriff davon bekommen, wie schwach ich eigentlich geworden, wie träge und untauglich mein Gehirn arbeitete. An diesem Tage kam nämlich meine Wirtin mit einer Rechnung zu mir herauf und hat mich, sie durchzusehen; irgendwo müsse sie falsch sein, denn sie stimme nicht mit ihrem eigenen Buche; sie habe aber den Fehler nicht finden können.

Ich setzte mich hin und zählte nach; meine Wirtin sah mir gegenüber und sah mir zu. Ich zählte diese zwanzig Posten erst einmal hinunter, und fand die Summe richtig, dann einmal hinauf, und kam wieder zu demselben Resultat. Ich sah die Frau an; sie sah dicht vor mir und wartete auf meine Worte; im selben Augenblick bemerkte ich, daß sie

schwanger sei; es entging meiner Aufmerksamkeit nicht, und doch hatte ich sie keineswegs prüfend angesehen.

„Die Summe stimmt“, sagte ich.

„Nein, sehen Sie mal jede Zahl genau an“, antwortete sie, „es kann nicht so viel machen; das ist ganz sicher.“

Ich revidierte jeden Posten: 2 Brote à 25, 1 Lampenglas 18, Seife 20, Butter 32 . . . es gehörte kein schlauer Kopf dazu, diese Zahlenreihen durchzugehen, diese kleine Krämerrechnung, in der keine Weitläufigkeiten vorhanden — und ich versuchte redlich, den Fehler zu finden, von dem die Frau sprach, aber ich fand ihn nicht. Nachdem ich mich ein paar Minuten mit diesen Zahlen getummelt hatte, fühlte ich, wie alles in meinem Kopfe zu tanzen anfing; ich konnte Kredit und Debit nicht mehr voneinander unterscheiden und wirrte alles durcheinander. Endlich blieb ich bumm vor folgendem Posten stehen: 3 1/2 Pfund Käse à 16.“ Mein Gehirn verlagte vollständig, ich starrte verdummt auf den Käse und wußte nicht aus nicht ein; — „es ist aber auch ganz verflucht, wie das durcheinander geschrieben ist!“ sagte ich verzweifelt. Hier steht bei Gott nur fünf Sechzehntel Käse. Ha, ha! Hat man so was je gehört! Sehen Sie doch her!

„Ja“, sagte die Frau, „die pflegen so zu schreiben. Das ist der Kräuterlöse. Ja, — das ist ganz richtig! Fünf Sechzehntel sind also fünf Lot . . .“

„Ja, das verstehe ich wohl!“ rief ich, obgleich ich in Wirklichkeit gar nichts mehr begriff.

Ich versuchte aufs neue, mit dieser kleinen Rechnung fertig zu werden, die ich vor ein paar Monaten noch in einer Minute hätte zusammenzählen können; ich schwihte stark und dachte aus allen Kräften über die rätselhaften Zahlen nach, blinzelte nachdenklich mit den Augen, als ob ich die Sache ordentlich scharf studierte; aber ich mußte es aufgeben. Diese fünf Lot Käse machten mir vollständig den Garaus; es war, als ob etwas hinter meiner Stirn zusammenbrachte.

Um jedoch den Eindruck hervorzurufen, als ob ich fortwährend mit meinen Berechnungen beschäftigt sei, bewegte ich die Lippen, sprach dann und wann eine Zahl laut aus, wie wenn ich bei der Rechnung immer weiter hinunter käme und endlich an den Schluß gelangte. Die Frau sah und wartete. Schließlich sagte ich:

„Nun habe ich sie noch einmal von Anfang bis zu Ende durchgenommen und finde, soweit ich sehen kann, wirklich keinen Fehler.“

(Fortsetzung folgt.)

